Wir schließen unsern Bericht, indem wir die verspätete Eingabe dadurch entschuldigen, daß unsere Behörde im laufenden Jahre bis auf den heutigen Tag keine Sitzungen hielt, und daher denselben nicht berathen konnte.

Genehmigen Sie die Versicherung unserer vollkommensten Hochachtung.
Bern, den 30. Juny 1859.

Der Präsident des Bundesgerichts:
Rasimir Weyer, D. J. U.
Der Aktuar: **Labhardt**.

Botschaft

des

Bundesrathes an die h. Bundesversammlung, betreffend die
Auswanderung nach Brasilien.

(Vom 11. Juli 1859.)

Tit.!

Die Auswanderung nach Brasilien zieht bekanntlich schon seit Jahren die Aufmerksamkeit der schweizerischen Behörden in hohem Grade auf sich. Dieß ist leicht zu begreifen, wenn man bedenkt, daß die Zahl der dort angesiedelten Schweizer, die nach der eidg. Volkszählung von 1850 ungefähr 235 betrug, im laufenden Jahrzehnt nach allen darüber vorhandenen Berichten sich verzehnfacht und größtentheils einem neuen Kolonisations-system sich unterzogen hat, dessen Hauptschwierigkeit darin besteht, daß es die Aermsten den Reichsten in einem Vertragsverhältnisse gegenüberstellt, und zwar meistens solchen, die bisher gewohnt waren, sich durch Sklavensarbeit bereichern zu lassen, die dem Schweizer durchaus unbekannt ist. Die Neuheit und der bezeichnete Charakter des in Brasilien zur Anwendung gekommenen Halbpacht-systems hätte die Gemeinden, welche demselben ihre auswanderungslustigen Angehörigen anvertrauen wollten, zur größten Vorsicht veranlassen sollen. Sie haben sich jedoch, so wie die einzelnen auf ihre eigene Rechnung Ausgewanderten, mit denjenigen Garantien begnügt, welche der Mangel an Erfahrung, voreilige günstige Berichte und unzuverlässige und auf eigenen Gewinn bedachte Auswanderungsagenten darboten, zumal ihnen Hilfe da am dringendsten schien, wo die Noth am größten war. Mehrere Kantone haben in gutem Glauben dabei mitgewirkt. Die Bundesbehörde konnte und wollte dieß nicht verhindern, da es ihr zum Einschreiten dagegen eben so sehr an Befugniß, wie an Sachkenntniß gebrach. Für sie war erst hinlänglicher Grund dazu vorhanden, nachdem die betreffenden Auswanderer unter die Botmäßigkeit des Auslandes gelangt waren,

Das neue Kolonisationsystem eine gewisse Entwicklung erreicht und einzelne Kantone beim Bunde dessen Verwendung verlangt hatten. Von diesem Augenblicke an hat sie nie aufgehört, sich der bedrängten Landsleute anzunehmen und ihnen ihre Fürsprache, ihren Schutz und ihre Fürsorge angedeihen zu lassen. Wir hoffen, sie werde dies, in so weit es die Umstände gestatten, und Ehre und Würde des Landes es erfordert, auch ferner thun, so lange anerkannt begründeten Beschwerden keine genügende Abhilfe verschafft ist. Der Bund auf seiner dormaligen Stufe finanzieller Entwicklung wird so wenig als einzelne Gemeinden und Kantone die Schweizer im Auslande wollen glauben lassen, das Vaterland sei ihnen gegenüber nur da, um bei gegebenen ersten, unglücklichen oder freudigen Anlässen ihre klingenden Beweise heimathlicher Anhänglichkeit in Empfang zu nehmen, sondern nöthigenfalls auch vor einigen materiellen Opfern für ihre Wohlfahrt nicht zurückzubleiben. Ein Beweis davon sind uns die seit 1848 stets in der Zunahme begriffenen ordentlichen Hilfsmittel, welche uns die h. Bundesversammlung bei Festsetzung der Voranschläge unter der Rubrik „Auswanderungswesen“ von Jahr zu Jahr zur Verfügung gestellt hat, so wie auch insbesondere in Bezug auf die Angelegenheit der schweizerischen Halbpächter in Brasilien, die bei Anlaß der Staatsrechnung von 1857 erfolgte Genehmigung einer Kreditüberschreitung von Fr. 2411. 50 zu jenem Zwecke.

Die noch zu erledigenden Beschwerdepunkte der nach Brasilien ausgewanderten Schweizer rühren hauptsächlich von Halbpächtern der dortigen Provinz St. Paulo her, welche sich dem Hause Vergueiro u. Komp. verdingt hatten, und von diesem meistens an andere Gutsherren, und zwar ebenfals an Kaffeepflanzer, abgetreten wurden. Sie sind hauptsächlich ökonomischer, gesetzgeberischer und administrativer, auch moralischer und religiöser Natur. Dazu kommen dann noch Beschwerden der ersten Art von Seite betheiligter Schweizergemeinden gegen das Haus Vergueiro.

Was die ökonomischen Klagen der Kolonisten betrifft, so ist ein Theil derselben gegen die bestehenden Halbpachtverträge selbst, ein anderer lediglich gegen deren mangelhafte Beobachtung gerichtet. Nach allen bisherigen Erfahrungen unterliegt es keinem Zweifel, daß das durch jene Verträge selbst bei deren genauester Beobachtung zu erzielende Resultat hinter den Erwartungen vieler Kolonisten und mancher Gemeinde zurückgeblieben ist, indem dabei die übernommene Schuldenlast, sammt dem mitunter sehr hohen Zinsfuße, die Beschwerden einer weiten Seereise und eines ganz andern Klimas, die daherigen Entkräftungen, Erkrankungen und Todesfälle, die Haftbarkeit weniger arbeitsfähiger Familienglieder für die in den gleichen Vertrag eingeschlossenen, die Wechselfälle der Aernten, die Vertheuerung der Lebensbedürfnisse durch die Zunahme der meistens für Ausfuhrhandel arbeitenden Bevölkerung, der beim Mangel an Straßen und der daherigen Schwierigkeit und Kostspieligkeit des Absatzes zu erleidende Abzug vom Ertrag der Arbeit, die Preisschwankungen und Konkurrenz des Kaffeehandels u. dgl. mehr zu wenig in Anschlag gebracht wurden. Allem Anschein nach

ist es verhältnißmäßig nur sehr wenigen Kolonisten aus der Schweiz in den brasilianischen Halbpachtkolonien gelungen, in den vertragsgemäß vorausgesehenen 4—5 Jahren die von ihren Heimathgemeinden oder vom Heimathkanton erhaltenen Vorschüsse abzuverdienen; und auch dann blieben ihnen noch die Vorschüsse zu tilgen übrig, die ihnen von Seite ihrer Gutsherren für die Weiterbeförderung von Santos ins Innere des Landes, für die ersten Lebensbedürfnisse u. s. w. zu Theil geworden waren. Uebrigens ist nicht zu verkennen, daß, wären die fraglichen Verträge für die Kolonisten auch noch so günstig, durch deren Sorglosigkeit, Arbeitscheu, Genußsucht, Verschwendung und Liederlichkeit der Erfolg vereitelt werden kann, wie denn auch nicht zu bestreiten ist, daß derartige Fälle vorgekommen sind.

Die ökonomischen Beschwerden der Kolonisten sind indessen meistens gegen mangelhafte Beobachtung der Halbpachtverträge gerichtet, und wenn viele Halbpächter von ihren Verträgen befreit zu werden verlangen, so ist es hauptsächlich deshalb, weil sie alles Zutrauen in die Ehrlichkeit ihrer Kontrahenten in Brasilien und alle Hoffnung auf wirksamen Schutz gegen dieselben verloren haben. Ihren Behauptungen zufolge bestehen die erlittenen Vertragsverletzungen im Allgemeinen in unrichtigen Selbsumwandlungen, Zinsansätzen, Kommissionsgelbern, Miethzinsen, Arztkosten, vorenthaltener Pflanzland, mangelhaften Kaffeebergen, theuren und schlechten Lebensmitteln, unrichtigem und ungeeichem Maß und Gewicht, vorenthaltener Baarschaft des Reinertrags, in mangelhaften Wohnungen, in willkürlichen Bußen und in mangelhafter und unrichtiger Rechnungsführung. Wenn auch ein großer Theil dieser Klagen übertrieben ist und einige davon lediglich auf Mißverständnis und willkürlicher Auffassung des Transport- und Pachtvertrages von Seite der Kolonisten beruhen, so mußten doch diese die wirklich und unbestreitbar erlittenen Verletzungen ihres Vertrages um so schwerer empfinden, als ihnen derselbe ohnehin nicht günstig ist. Was denjenigen Theil der Klagen betrifft, dem endlich abgeholfen wurde, so muß man gestehen, daß es in den meisten Fällen erst nach wiederholter Dazwischenkunft der Behörden und nach deren Untersuchungen geschehen ist, so daß gegen eine Erneuerung solcher oder Entstehung anderer ähnlicher Beschwerden gegenüber faumseligen und willkürlichen Gutsherren wenig Gewähr vorhanden ist. Zudem darf nicht übersehen werden, daß ein Theil der ökonomischen Beschwerden der Kolonisten fortbesteht, über den sich der kaiserliche Untersuchungskommissär, Herr Valdetaro, als unbegründet oder geringfügig hinweggesetzt hat, ohne für diese seine Ansicht, sei es aus dem Vertrage selbst, sei es aus den thatsächlichen Verhältnissen irgend einen Beweis zu liefern. Als solche Beschwerden erscheinen namentlich die Kommissionsgebühren, welche sich das Haus Vergueiro u. Komp. bei Abtretung der verdingenen Kolonisten an andere Pflanzler angemast hat und auf Unkosten der Halbpächter gleich andern Gutsherren noch fortwährend beim Kaffeeverkauf vor Berechnung des gemeinschaftlichen Reingewinns zueignet.

Uebrigens dürfen auch die Klagen der schweizerischen Gemeinden über die großen Nachtheile, die denselben aus der Vorenthaltung der vom Hause

Bergueiro u. Komp. zugesicherten Rückzahlung der den Halbpächtern geleisteten Vorschüsse erwachsen sind, nicht ganz übersehen werden. Die dießfälligen Guthaben der Gemeinden der Kantone Zürich, Bern, Unterwalden ob dem Wald, Glarus, Schaffhausen, Graubünden, Aargau und Thurgau belaufen sich theils mit, theils ohne Zins, nach Abzug der vom Konsul Emery zurückbehaltenen zwei Beträge, immer noch auf mehrere Hunderttausend Franken, wozu noch ein Guthaben der aargauischen Staatskasse von Fr. 6,520 kommt, und diese Hunderttausende hätten vom Hause Bergueiro und Komp. laut dessen vertragsmäßiger Verpflichtung aus dem Ertrage der Kaffecärnten der Kolonisten schon vor Jahren größtentheils getilgt werden sollen. Nach den von den betreffenden Kantonen erhaltenen Angaben sind nämlich an die nach der Provinz St. Paulo Auswandernden von Gemeinds oder Staats wegen, und zwar fast durchgängig unter der von Herrn Bergueiro übernommenen Verpflichtung vollständiger Rückzahlung in den nächst darauf folgenden vier bis fünf Jahren, mittels jährlicher Raten, Vorschüsse geleistet worden:

a. im Jahre 1852 von Gemeinden der Kantone Zürich, Obwalden und Schaffhausen	Fr. Rp.
b. im Jahre 1853 von Gemeinden des Kts. Glarus	30,693. 33
c. " " 1854 " " der Kantone Zürich, Obwalden und Graubünden	9,895. 20
d. im Jahre 1855 von Gemeinden der Kantone Glarus, Graubünden und Thurgau	49,694. 18
e. im Jahre 1856 von Gemeinden der Kantone Zürich, Bern, Thurgau	137,819. 70
f. in den Jahren 1854, 1855 und 1856 von Gemeinden und der Staatskasse Aargau's	10,631. 95
	32,802. 52
von 1852 bis 1856 zusammen von obigen	<u>271,536. 88</u>

Davon sind in der Folge theils von Halbpächtern unmittelbar (nämlich von Obwaldnern, denen in ihrer alten Heimath Erbschaften zugefallen sind), theils vom Hause Bergueiro und Komp., mit Einschluß zweier vom Konsul Emery zurückbehaltenener, zusammen Fr. 6,609. 85 ausmachender Beträge, zurückerstattet worden

22,012. 48

so daß von daher noch zu tilgen übrig bleiben zirka 92 % oder genauer

249,524. 40

Bei diesem Guthaben sind die genannten Kantone, beziehungsweise 43 Gemeinden, laut ihren Angaben folgendermaßen theilhaft:

1) Zürich mit einem theils verzinslichen, theils unverzinslichen Kapitalvorschusse von	Fr. Rp.
2) Bern	2,818. 38
3) Unterwalden ob dem Wald mit	9,352. 10
4) Glarus mit	36,175. 55
	68,798. 04

Uebertrag 117,144. 07

	Fr.	Rp.
Uebertrag	117,144.	07
5) Schaffhausen mit	10,903.	15
6) Graubünden mit einem verzinslichen Kapitalreste im Betrage von	87,974.	66
7) Aargau mit einem unverzinslichen Vorschusse von	32,802.	52
8) Thurgau mit einem bis an Fr. 100 verzinslichen Gesamtvorschusse von	700.	—
zusammen	249,524.	40

Vom Kanton Freiburg ist über seine etwaigen Guthaben an schweizerischen Halbpächtern, beziehungsweise am Hause Bergueiro u. Komp., bisher keine Antwort eingegangen, und von den übrigen weiß man, daß sie keine solchen Vorschüsse zurückzufordern oder überhaupt keine Angehörigen in der brasilianischen Provinz St. Paul haben. Dagegen ist vom Kanton Schaffhausen bekannt, daß fünf Gemeinden desselben einem Theile ihrer nach der brasilianischen Kolonie Donna Franziska (Provinz Santa Catharina) ausgewanderten Angehörigen zurückzuerstattende Vorschüsse gemacht haben, und zwar

	Fr.
1850 in 8 Jahren, ratenweise zurückzuzahlen, 47 Personen	3,394
1852 " 7 " " " 152 "	32,396
1854 " 7 " " " 59 "	13,385
zusammen	49,175

wovon bisher von den betreffenden 258 Kolonisten, beziehungsweise vom sogen. Hamburger-Kolonisationsverein, erst zurückerstattet wurden 462

so daß von dorthier noch zu tilgen übrig bleiben 48,713
oder über 99 Prozent.

Was die Beschwerden legislativer und administrativer Natur betrifft, so haben sich die schweizerischen Halbpächter in der Provinz St. Paul vor Allem über mangelhafte Beachtung und mangelhaften Schutz ihrer persönlichen Rechte zu beklagen. Es ist Thatsache, daß die Solidarität des Schuldverhältnisses der einzelnen verbundenen Familien von den Pflanzern auf unmündige Personen ausgedehnt und solchen nach erlangter Volljährigkeit kein Austritt aus der Familiengemeinschaft ohne Uebernahme eines Schuldenbetriffnisses gestattet wird. Die Verträge der schweizerischen Halbpächter wurden, wie bekannt, in der Schweiz abgeschlossen, deren Gesetzgebung Proletariern gegenüber eine solche Haftbarkeit der Minderjährigen völlig unbekannt ist; aber auch die brasilianische Gesetzgebung kann keine derartige zivilrechtliche Anomalie anerkennen, wenn es ihr mit dem Verbote der Sklaveneinfuhr ernst gewesen ist. Daß sich die schweizerischen Halbpächter über eine so folgenschwere Auslegung ihrer Verträge nicht mehr

beklagen, beweist, wie wenig sie ihre Rechte kennen und wie sehr sie geneigt sind, einander ihre Lasten gegenseitig zu erleichtern. Uebrigens ist den Halbpächtern das Recht der Beschwerdeführung allzu sehr verkümmert worden, sei es, daß ihnen ihre Briefe in die Heimath und anderswohin, wo sie Gehör verlangten, beim Mangel regelmäßiger und geordneter Posteinrichtungen der Kolonien unterschlagen oder persönliche Klagen durch Verbote und Geldbußen gegen Abwesenheiten, durch die große Entfernung des Sitzes der zuständigen Behörden und Beamten, durch Mangel an Kenntniß der Landessprache, durch Kostspieligkeit und Mangel an gutem Willen unmöglich oder wirkungslos gemacht wurden. Ist es doch unbestritten, daß mehrere Halbpächter von ihren Gutsherren willkürlich aus ihren Vertragsverhältnissen verdrängt wurden, andere von ihnen geltend gemachten Klagen nur noch größere Unterdrückung, wenn nicht gar Gefangenschaft geärntet haben, obschon sie selbst sich keinerlei Gewaltthätigkeiten, Mißhandlungen oder sonstige Ungefehrlichkeiten zu Schulden kommen ließen, wie sich denn selbst der mehrerwähnte vermeintliche Aufstand der Halbpächter der Kolonie Ibitaba vom 24. Dezember 1856 auf einige Vorsichtsmaßregeln der Kolonisten für die bedrohte persönliche Sicherheit eines Schiffsaltsgenossen beschränkt haben soll. Die Gerichte, wie die bewaffnete Macht, haben sich in der Provinz St. Paul bisher stets nur gegen die Gutsherren willfährig gezeigt. Die Interessen der Halbpächter erscheinen auch darin verwahrlost, daß solche vom Anwerber beliebig jedem andern Pflanzler verhandelt werden dürfen, den die Ankömmlinge nicht näher kennen und gegen den sie also vertragsgemäß auch keine Einwendung erheben können. Haben sie ihren unbekanntem Herrn aber einmal näher kennen gelernt, so können sie sich in der Regel nicht mehr von ihm losmachen, indem es heißt, sie haben ihn freiwillig angenommen, wie groß auch das Unrecht ist, das sie von ihm zu erdulden haben. Von einer Gemeindeorganisation, von allmäliger Assimilirung und politischer Gleichstellung der Kolonisten, wie sie in den der Einwanderung bedürftigen überseeischen Ländern zu erfolgen pflegt, war bisher in Brasilien, trotz der dortigen Anhäufung von Kolonisten und der Reihe von Jahren ihres dortigen Aufenthaltes, gar keine Rede, sondern man ließ dieselben brasilianischerseits nur zu sehr fühlen, daß sie den Einheimischen in jeder Beziehung hintangesetzt, daß sie — die Republikaner von Haus aus — an die Stelle der Sklaven getreten seien und sie sich mit einer, allen Mißbräuchen ausgesetzten, von Launen und Gunst nicht freien, schwach beaufsichtigten und parteiischen Patrimonialherrschaft, die ihnen von der Landesgesetzgebung auferlegt ist, begnügen müssen, während freiere, geregeltere und gleichberechtigte Zustände geeignet gewesen wären, das Selbstgefühl der Halbpächter zu heben, denselben Anhänglichkeit und Liebe zu ihrem neuen Heimathlande einzusüßen und der Regierung stets genaue Einsicht in die Lage der Dinge zu verschaffen. Am meisten sind unzweifelhaft die Protestanten hintangesetzt, indem deren Ehen von der brasilianischen Gesetzgebung nicht als solche anerkannt sind, wodurch vielen schweizerischen Halbpächtern die

Grundlage einer Menge sehr wichtiger Rechtsverhältnisse verloren geht und ihrer Gewissensfreiheit Eintrag geschieht.

Glücklicherweise beginnen die brasilianischen Beamten und Behörden, solche Mängel der Gesetzgebung und Landesverwaltung einzusehen und auf Abhilfe Bedacht zu nehmen. So bemerkt der Regierungsabgeordnete Herr Baldetaro am Schlusse seines, am 10. Januar 1858 dem kais. brasilianischen Ministerium des Innern erstatteten Berichtes über die Halbpächterkolonien der Provinz St. Paul unter Anderm:

„Der Dringlichkeit einer entsprechenden Gesetzgebung, die — indem sie „die Kolonisten schützt, auf der andern Seite auch die Rechte der Pflanzergarantirt, ist allgemein gefühlt und liegt auch im Sinne der Staatsverwaltung; aber es ist meine feste Ueberzeugung, daß jedes Gesetz in dieser Beziehung, so vorsorglich und weise es auch immer sei, unwirksam ist, wenn seine Vollziehung nicht einer Behörde anvertraut wird, der, über die Lokalinteressen erhaben, die Oberaufsicht über solche Etablissements zusteht, welche von Zeit zu Zeit mit Jurisdiktion auftritt, die vorkommenden Fehler bestraft und die zwischen Pflanzern und Kolonisten entstehenden Streitfragen ohne Verzug entscheidet. Der Friedensrichter und der Schiedsrichter, in den Kontrakten hiezu bezeichnet, bieten den Kolonisten nicht genügende Garantien der Unparteilichkeit und Gerechtigkeit, hauptsächlich jenen nicht, welche die Landessprache weder verstehen, noch sprechen und wenige oder gar keine Verbindungen im Lande haben, weil sie nur unter sich verkehren. Auf der andern Seite haben sie auch weder Zeit, noch die Mittel, nach den Städten zu laufen und Gerechtigkeit zu fordern, noch weniger können sie sich Advokaten halten, die solches in ihrem Namen thun.“

Daß die brasilianische Regierung nunmehr auch im Innern ihres Landes Konsularagenten, wenn gleich mit sehr beschränkten Befugnissen, aus andern Staaten zuläßt, ist hauptsächlich ihrer Einsicht in die hilfsbedürftige Lage der Kolonisten zuzuschreiben; auch geht aus der Thronrede, womit der Kaiser am 10. Mai 1. J. die brasilianischen Kammern eröffnet hat, hervor, daß seine Regierung nicht nur auf den denselben im Jahr 1858 zu Gunsten der Eingewanderten und der Landwirtschaft vorgeschlagenen Maßregeln besteht, sondern solche noch weiter ausgedehnt wissen will und daß sie ganz wol einsieht, es hange davon die fernere Einwanderung ab, die jenem Reiche zu seiner Blüthe unentbehrlich ist. Die betreffenden Stellen der neuesten Thronrede lauten nämlich, wie folgt:

„Durch Verwendung der Mittel und Hilfsquellen, die von Ihnen „zur Verfügung gestellt wurden, hat meine Regierung sich für Aufmunterung der Einwanderung nützlicher und gewerbsamer Kolonisten bethätigt, welche dem Mangel an Arbeitskräften abhelfen, unter dem die Landwirtschaft so sehr leidet. Die Wohlfahrt der Nation hängt von schneller Beseitigung dieses Uebelstandes ab, und der Eifer und die Aufmunterungen von Seite meiner Regierung werden gewiß alle ihre wohlthätigen

Ergebnisse unter der kräftigen Mitwirkung unserer Landwirthe hervorbringen. Die Entwicklung der bestehenden Kolonien und die Ansiedlung neuer Kolonisten an Orten, die den Märkten zunächst liegen, so wie die Eröffnung neuer Verkehrswege und die Verbesserung der bereits eröffneten, sind der Gegenstand ihrer Bemühungen gewesen, und werden es ferner sein; es wird also Ihrem lebhaften Wunsche, dieses weitläufige und von der Natur so begünstigte Reich zum Gedeihen zu bringen, entsprochen werden. . . . Die öffentliche Moral und die Zukunft der Kolonisation erfordern Maßnahmen zur Sicherung der Wirkungen der Ehen, welche durch die bestehende Gesetzgebung nicht geregelt sind. Es ist angemessen, die gegenseitigen Verbindlichkeiten und Rechte der Kolonisten und der Grundeigentümer genauer und wirksamer zu bestimmen und festzustellen. Die Gesetzgebung über die Strafuntersuchung erheischt einige Verbesserungen, welche der persönlichen Freiheit und Sicherheit eine größere Summe von Bürgschaften gewähren, ohne den Grundsätzen der Ordnung und der obrigkeitlichen Gewalt zu nahe zu treten."

Wenn man bedenkt, daß das brasilianische Ministerium des Innern über 100,000 Fr. zur Befreiung der gedrücktesten Halbpächter an die betreffenden Pflanzler ausbezahlt hat, dem schweizerischen Generalkonsulate in Rio-Janeiro für verschiedene Auslagen und Unkosten, welche dasselbe zu Gunsten der gleichen Halbpächter vorgeschossen hatte, von der dortigen Regierung im Betrage von weitem 7000 Fr. zurückvergütet wurden und daß dieselbe außerdem jenen Kolonisten noch die Reise nach einer freien Niederlassung besorgt, unter die betreffenden Familien genügendes Land vertheilt, ihnen auf demselben während der ersten Monate den nothwendigsten Unterhalt verschafft und noch in neuester Zeit den neugegründeten freien Kolonien in der Person eines deutschen Ingenieurs einen achtungswerthen und thätigen Direktor vorgesezt hat, so muß man gestehen, daß sie die ihr zu Gebot gestandenen materiellen Hilfsmittel nicht nur zur Herbeiziehung neuer Kolonisten, sondern auch zur Verbesserung des Looses der bereits in früheren Zeiten Eingewanderten benutzt und überhaupt zu deren Gunsten es bei bloßen Worten nicht hat bewenden lassen.

Eine dritte Art von Klagen sind diejenigen der schweizerischen Halbpächter über Mangel an Gelegenheit zur Benutzung von Religions- und Schulunterricht. Obschon es in der Provinz St. Paul mehrere Kolonien von je 200—300 schweizerischen oder doch größtentheils schweizerischen Bewohnern gibt, von denen nur sehr wenige der portugiesischen Sprache mächtig sind, so ist dort weder ein Geistlicher, noch ein Schullehrer für sie zu finden. Was den portugiesischen katholischen Gottesdienst betrifft, so findet derselbe in Städten statt, die wenigstens drei Stunden von den Kolonien entfernt sind. Auf diesen werden weder Geistliche noch Lehrer für die Halbpächter gehalten. Noch weniger als die Katholiken hat unter den Kolonisten die große Zahl von Protestanten Gelegenheit zu religiöser und kirchlicher Erbauung; bei Taufen, Begräbnissen und Ehereinigungen, welche das stärkste Band des Familienlebens sind und so tief in dasselbe

eingreifen, ist sie stets in der bittersten Verlegenheit, welche durch Unduldsamkeit und verletzende Zumuthungen von Seite der Landesgeistlichkeit noch erhöht wird, obgleich die Schweizer beider Konfessionen in den Kolonien sehr verträglich gegen einander sind. Wie man aus den unserm Departement des Innern vorgelegten Briefen ersehen kann, gibt es wenige schweizerische Halbpächter, welche es nicht tief beklagen und schmerzlich empfinden, daß sie der Mittel ermangeln, ihre religiösen Bedürfnisse in gewohnter Weise zu befriedigen und ihre Kinder der Verwilderung zu entziehen. Auf der Kolonie Ibitaba hatte der bekannte Kolonist Felix Davaz Schulunterricht erteilt gegen eine jährliche Entschädigung von 434,000 Reis; woran die Kolonisten 105,000 Reis beisteuerten, während der übrige Theil der Besoldung vom Hause Vergueiro bestritten wurde. Daneben besorgte er noch die sog. Leichengebete. Allein auch diese Fürsorge war von kurzer Dauer, und die nach der Verdrängung des Hrn. Davaz von einem andern evangelischen Kolonisten (Georg Meyer aus der thurgauischen Gemeinde Unterschlatt) übernommenen geistlichen Verrichtungen ließen bei der geringern Bildungsstufe und der pietistischen Richtung desselben noch mehr zu wünschen übrig. Weit mehr als das Haus Vergueiro u. Comp. hat sich der Hamburger-Kolonisationsverein von 1849 die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse seiner Kolonisten angelegen sein lassen, indem derselbe auf die Kolonie Donna Franziska frühzeitig passende Geistliche beförderte. Als er im Jahr 1853 noch einen evangelischen Prediger deutscher Zunge suchte, sicherte er ihm außer dem, was alljährig die betreffenden Kolonisten an Gehalt und Gebühren beizutragen geneigt sein würden, von sich aus eine jährliche Besoldung von 800,000 Reis (nach dem Umwandlungsmaßstabe von 350 Reis = 1 Fr. den Betrag von 2285 Fr. 71 Rp. ausmachend), freie Wohnung und freie Benutzung von 8 Morgen Land zu.

Auch der brasilianische Untersuchungskommissär Herr Baldetaro legt großes Gewicht darauf, daß den erwähnten geistigen und moralischen Bedürfnissen der Halbpächter in der Provinz St. Paul Rechnung getragen werde. In dem bereits erwähnten Berichte bemerkt er unmittelbar nach der daraus angeführten Stelle, die sich auf die Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit und Verwaltung bezieht:

„Außer diesem ist noch ein Punkt, der durch seine Wichtigkeit
 „und seinen bedeutenden Einfluß auf die Einwanderung die Auf-
 „merksamkeit der Regierung in hohem Grade anzuregen geeignet ist =
 „ich spreche von der Ausübung des Kultus und von der religiösen
 „Unterweisung. Der größere Theil der Kolonien ist auf nicht ge-
 „ringe Distanzen von den Ortschaften entfernt, und in keiner der-
 „selben wird Gottesdienst abgehalten. Auf diese Weise wächst die
 „Jugend in der Unwissenheit auch nur der ersten Anfangsgründe
 „ihrer Religion heran, und es wird selbst den Katholiken so zu-
 „sagen zur Unmöglichkeit, den Vorschriften der Kirche nachzukom-
 „men, während die Protestanten, wie ich informit bin, nicht ein-
 „mal einen Friedhof haben, um ihre Todten zu begraben, es
 „müßte denn der der Fazenda sein.“

Die gleiche Frage in weiterm Sinn in's Auge fassend, verlangte unterm 14. März l. J. auch die Konferenz der eidg. Stände Zürich, Bern, Unterwalden ob dem Wald, Glarus, Schaffhausen, Graubünden und Aargau in einer Eingabe an den Bundesrath Vorsorge für Befriedigung der kirchlichen und Schulbedürfnisse der Kolonisten. „Ohne Zweifel (bemerkte sie bei diesem Anlaß) werden Sie mit uns finden, daß zur Zeit einer der größten Uebelstände darin besteht, daß die Kolonisten sich in einer ganz isolirten Lage befinden, daß sie namentlich keine Vertrauenspersonen in ihrer Nähe haben, an welche sie sich in ihrer Noth wenden können, und daß sie seit längerer Zeit darauf beschränkt sind, durch briefliche Mittheilungen nach ihrer Heimath ihre Beschwerden, Hoffnungen und Wünsche auszudrücken. Dieses fatale Verhältniß hat namentlich zur Folge, daß in neuerer Zeit nur wenige Nachrichten, deren Zuverlässigkeit nicht verbürgt ist, eingegangen sind, und daß deswegen auch die heimathliche Regierung sich nicht in der Lage befindet, mit vollständiger Sachkenntniß und gestützt auf eine sichere Grundlage auftreten und handeln zu können. Wir würden es daher für äußerst wünschbar halten, wenn vor Allem und möglichst bald für Beseitigung dieses Uebelstandes gesorgt würde. In der Konferenz war man allgemein darüber einverstanden, daß es weitaus am besten und zweckmäßigsten wäre, wenn ein paar Geistliche verschiedener Konfessionen sich nach den betreffenden Kolonien Brasiliens begeben würden, um einerseits für Pastoral- und Unterrichtsbedürfnisse der Kolonisten zu sorgen und andererseits über die Verhältnisse derselben genaue Kenntniß zu erhalten und zuverlässige Berichte hierüber ertheilen zu können. Zum Mindesten sollten nach dem Dafürhalten der Konferenz in den Koloniebezirken schweizerische Vikarionsuln aufgestellt werden, welche die Aufgabe hätten, die Interessen der Kolonisten zu wahren und zu fördern.“

Herr Heinrich David, seiner Zeit schweizerischer Generalkonsul in Rio-Janeiro, spricht sich in seinem, auf Begehren unsers Departements des Innern erstatteten Gutachten, d. d. St. Gallen, 25. April 1859, folgendermaßen über den angeregten Gedanken aus: „Von diesen allgemeinen Verhältnissen zur Beantwortung der in Ihrem Schreiben mir gestellten besondern Fragen übergehend, bemerke ich hinsichtlich der Sendung zweier Geistlichen (eines katholischen und eines reformirten), daß ich nur wünschen kann, es gelange dieser schöne und nützliche Gedanke zu möglichst schleuniger Ausführung. Die Kolonisten in S. Paulo entbehren der Seelsorge und Schule, und ein Priester, der ihre Sprache versteht, ihre Sitten kennt und der ihnen zumal die Nachricht bringt, das Vaterland habe sie nicht vergessen, wäre von großem Werthe und würde Großes leisten können. Die Reise würde von Basel aus über Havre durch Segelschiff nach Rio zirka Fr. 1000 per Person kosten. Der Gehalt dieser Männer in ihrer dreifachen Wirksamkeit als Seelsorger, Schullehrer und Vikarionsuln darf bei der ungemeinen Theure in Brasilien nicht unter Fr. 6000 für jeden angeschlagen werden. Zu bemerken ist noch im In-

„teresse des reformirten Geistlichen, daß er mit der genannten Summe „kaum den Unterhalt einer Familie bestreiten könnte; der von mir genannte „Betrag ist jedenfalls das Minimum.“

Die nationalrätliche Geschäftsprüfungskommission scheint mit einer derartigen Auffassung der Sachlage einverstanden zu sein, indem sie in ihrem neuesten Berichte darüber bemerkt: „Es ist auch an eine ernsthafte Verbesserung „dieser Sachlage kaum zu denken, so lange die Kolonisten nicht bestimmte „Vertrauenspersonen in ihrer Nähe haben, bei denen sie Rath und Schutz, „d. h. wenigstens Verwendung bei den brasilianischen Oberbehörden sich „verschaffen können. Wir haben uns aus den Akten überzeugt, daß in „dieser Richtung die beteiligten Kantone dem Bundesrath bestimmte Vor- „schläge gemacht haben, die wol einer nähern Würdigung werth sein „dürften.“

Wenn man auch allseitig darin einverstanden ist, daß den schweizerischen Halbpächtern in der Provinz St. Paul Geistliche, Lehrer oder Vertrauensmänner verschafft werden sollen, so gehen hingegen die Ansichten über die Art und Weise, auf welche den bedrängten Landsleuten in der übrigen Beziehung beizustehen sei, weit auseinander.

Was vorerst die Frage betrifft, ob den mit Gemeinds- und Staatsvorschüssen nach den Bergueiro- und ähnlichen Kolonien gelangten Auswanderern solche Vorschüsse zu erlassen seien, hängt ihre Lösung vom freien Willen der Gläubiger ab. Bis jetzt haben sich, seit diese Frage durch unser Kreisschreiben vom 2. Dezember 1857 in Anregung gekommen, von den Gemeinden, die am meisten dabei betheilig sind, sehr wenige zu einem solchen Nachlasse bereit erklärt. Dagegen scheint da, wo noch Zinse gefordert werden, zu deren Nachlaß mehr Geneigtheit vorhanden zu sein, da ein solches Opfer geringer ist. Uebrigens wäre der Erfolg derartiger Verzichtleistungen, wenn durch dieselben eine vollständige Befreiung der schweizerischen Halbpächter von ihren bisherigen Gutsherren erzielt werden soll, nach einem Berichte des schweizerischen Generalkonsuls in Rio-Janeiro vom Jahre 1858 (eingelangt am 6. September) auch nicht als gesichert zu betrachten, und es sind darüber noch weitere Nachrichten aus Brasilien zu gewärtigen, indem nähere dießfällige Erkundigungen angeordnet sind. Wesentlicher Vorschub könnte der Erledigung dieser Frage durch eine Abordnung in oben gedachtem Sinne an Ort und Stelle, durch dortige Regulirung der Rechnungsverhältnisse und durch damit in Verbindung zu bringende Unterhandlungen mit den Pflanzern und der brasilianischen Regierung geleistet werden. Daß die schweizerischen Halbpächter, um die es sich hier handelt, durchgängig eine solche Befreiung wünschen, darf man indessen nicht behaupten. Aus ihren Briefen, in so weit deren von den Kantonen der Bundesbehörde zur Einsicht mitgetheilt worden sind (70 an der Zahl aus den sieben Jahren 1853—1859, während 41 andere eingelangte Briefe von schweizerischen Ausgewanderten aus den elf Jahren 1820, 1824, 1832 und 1852—59 nur von Angestellten aus andern Gegenden, meistens von Kolonisten in Donna Franziêka herrühren) ergibt sich, daß

ste im Allgemeinen in 8 Berichten unbestimmt und zweifelhaft, in 36 unbefriedigend und in 26, die allen bezeichneten Jahrgängen ohne Unterschied angehören, befriedigend sich über ihre Lage äußern.

Es wurde auch in Erwägung gezogen, ob den Halbpächtern und Gemeinden durch Führung eines Prozesses gegen die Pflanzler zu helfen sei. Herr David spricht sich darüber in seinem erwähnten Gutachten aus, wie folgt: „Wie hoch ein Advokat zur Verfechtung der Ansprüche der schweizerischen Kolonisten und der Heimathgemeinden gegenüber dem Verhalten des Hauses Vergueiro und der andern Pflanzler zu stehen kommen würde, weiß ich kaum anzugeben; sehr theuer würde der Preis jedenfalls sein; am Erfolge zweifle ich gänzlich. Der Prozeß müßte in der heimathlichen Provinz der Angeklagten geführt werden, wo deren Einfluß übermächtig und wol schrankenlos ist, wo das Interesse, der Reichthum, die Macht, dann die Verwandtschaft und Parteifarbe — letztere beide in Brasilien größere Motive als vielleicht in irgend einem andern Lande — wol ein unparteiisches Urtheil zur Unmöglichkeit machen müßte.“

Der seit 1856 schwebende, noch unerledigte Prozeß, den die Eidgenossenschaft in Rio Janeiro gegen die Konkursmasse des dort verstorbenen Konsuls Emery führt, ermuntert keineswegs zur Betretung des Prozeßweges.

Ebenso wurde in Betracht gezogen, ob die Schweizer in Brasilien unter den Schutz einer fremden Macht gestellt werden sollen. Die bereits erwähnte Konferenz von 7 hauptsächlich beteiligten Ständen bemerkt nämlich in ihrer Eingabe vom 14. März l. J.: „Wir würden es für eines der wirksamsten Mittel ansehen, wenn die schweizerischen Kolonisten in Brasilien unter den Schutz einer befreundeten Seemacht, z. B. der Vereinigten Staaten von Nordamerika, gestellt werden könnten, gleich wie die Schweizer im Orient unter dem Schutze befreundeter Großmächte stehen.“ Es darf aber dabei Mehreres, was dagegen Bedenken erweckt, nicht übersehen werden. Im Orient hat die Eidgenossenschaft keinen Vertreter; in Brasilien hat sie solche, und zwar schon lange. Es würde daher ihre Unterordnung unter eine fremde Macht einerseits als Beweis eigener Schwäche, andererseits ihr Auftreten durch das Mittel einer Seemacht als eine Bedrohung Brasiliens erscheinen, die Anstoß erregen und der kaiserlichen Regierung die Bereitwilligkeit benehmen könnte, der Schweiz möglichst weit entgegenzukommen. Sodann fragt es sich, ob wirklich eine Seemacht zu finden wäre, die den ihr zugeordneten Auftrag übernehmen würde. Wenigstens die Vereinigten Staaten Nordamerika's haben kein Interesse, die Auswanderung nach Brasilien zu unterstützen und ihre friedlichen Handels- und Verkehrsbeziehungen zu Brasilien den dahin eingewanderten Europäern zum Opfer zu bringen. Wie hoch ein solcher Auftrag bis zu seiner vollständigen Ausführung die Schweiz zu stehen käme, kann ebenfalls nicht ermessen werden.

Größere Beachtung scheint uns ein anderer Vorschlag der gedachten Konferenz zu verdienen. Diese schließt nämlich dem so eben erwähnten noch folgenden an: „Ferner würden wir es für höchst zweckmäßig halten, wenn

„von Seite des hohen Bundesrathes mit denjenigen Regierungen deutscher Staaten, von welchen Angehörige sich auf brasilianischen Kolonien in ähnlicher Lage wie die schweizerischen befinden, Unterhandlungen über gemeinsame, gegen Brasilien zu ergreifende Maßregeln (z. B. ein Auswanderungsverbot) angeknüpft und wo möglich hierüber mit denselben ein Einverständniß getroffen würde. In letzterer Beziehung ist zu bemerken, daß in der deutschen Presse schon seit geraumer Zeit mehrfache Klagen über Ausbeutung deutscher Kolonisten in Brasilien laut geworden sind, daß mehrere deutsche Regierungen sich mit der Frage, was gegen Brasilien zu thun sei, befassen und daß einzelne derselben in dieser Richtung bereits Schritte gethan haben, z. B. diejenige von Bayern, welche in jüngster Zeit die Auswanderung verboten hat.“

Die in Brasilien eingewanderten Kolonisten sind meistens aus Frankreich, der Schweiz, aus Deutschland (besonders aus dem nördlichen), aus Portugal und Belgien; die Halbpächter, in so weit sie nicht aus Brasilien selbst stammen, gehören lediglich den vier letztern europäischen Staaten an. Das Departement des Innern hat nicht ermangelt, über die einschlägigen Maßregeln und Absichten der deutschen Staaten nähere Erkundigungen einzuziehen. Aus den dahierigen Mittheilungen vom Juni 1858 bis Juni 1859 ergibt sich über den dortigen Stand der Dinge Folgendes:

Bisher hat weder der deutsche Bund, noch irgend ein einzelner deutscher Staat seinen Angehörigen verboten, nach Brasilien oder nach dessen Halbpacht-Kolonien auszuwandern; wol aber hat die großherzogliche Regierung von Hessen den Auswanderungsagenten die Beförderung nach Brasilien untersagt und vor der Auswanderung dahin gewarnt. Ein derartiges Verbot hat auch Sachsen-Coburg-Gotha erlassen. Preußen ertheilt dem Vernehmen nach keine Konzessionen mehr zur Beförderung Auswanderungslustiger nach Brasilien, seitdem das Haus der Abgeordneten, welches sich am 24. April 1858 mit der traurigen Lage der deutschen und schweizerischen Halbpächter in Brasilien beschäftigte, eine darauf bezügliche Beschwerde und Pétition mit großer Mehrheit der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen hat. Auf bloße Warnungen haben sich die Regierungen von Hannover, Meiß = Greiz, Schwarzburg = Rudolstadt, Sachsen = Weimar = Eisenach und Sachsen = Meiningen beschränkt. Indessen nehmen die meisten dieser Staaten, so wie auch das Königreich Sachsen, das Großherzogthum Baden und selbst der deutsche Bund ein mehr oder weniger lebhaftes Interesse an der Art und Weise, wie die Frage der Auswanderung nach Brasilien geregelt wird. Einige wünschen sogar darüber nähere Mittheilungen von der Schweiz; andere haben sich veranlaßt gefunden, auf direktem Wege oder durch Vermittlung Preußens über das Loos ihrer Angehörigen in Brasilien genauere Erkundigungen einzuziehen, wobei es sich, z. B. hinsichtlich der Ausgewanderten aus Mecklenburg = Schwerin und Sachsen = Coburg = Gotha, denn auch bestätigt hat, daß die Lage der Halbpächter in Brasilien allerdings zum Theil eine sehr traurige ist.

Uebrigens scheint uns, bei einer Verbindung mit deutschen Staaten, namentlich mit Preußen, oder allfällig auch mit Frankreich, zu gemeinsamem Vorgehen gegenüber Brasilien sei in erster Linie und als Hauptzielpunkt nicht sowohl eine gänzliche Verhinderung der Auswanderung nach Brasilien, die — was die Schweiz betrifft — ohnehin bereits fast gänzlich aufgehört hat, als vielmehr die Verbesserung der Lage der Ausgewanderten und entsprechende übereinstimmende Verwendung bei der brasilianischen Regierung ins Auge zu fassen.

Vor Allem aber darf, wie uns scheint, mit der Rückvergütung der Summen nicht länger geögert werden, welche theils Herr Heinrich David während dessen Amtsverwaltung in Rio-Janeiro, theils die dortige schweizerische philanthropische Gesellschaft für Versezung schweizerischer Halbpächter an den Mucury beim Beginn des Jahres 1858 ausgelegt hat. Herr David mußte nämlich, als er noch schweizerischer Generalkonsul war, sich der 35 schweizerischen Landsleute, welche Herr Bergueiro wegen ihrer Klagen willkürlich und gewalthätig aus seinen Kolonien verstoßen hatte, annehmen, wenn sie nicht in Santos, wo sie, aller Hilfsmittel entbehrend, nachher angelangt waren, im Elende verkommen sollten. Zum Zwecke ihrer Unterbringung bei der Kompagnie des Mucury mußte er dieselben nach Rio-Janeiro befördern lassen, was ihm eine Auslage von 592,000 Reis oder (350 Reis zu Fr. 1 nach dem damaligen Kurse) Fr. 1691. 42 verursachte, wie es aus seinem, unterm 8. März 1858 an uns gerichteten Schreiben zu ersehen ist. Die betreffenden 35 Personen bilden 9 Familien, welche seiner Zeit vom Auswanderungsagenten E. v. Paravicini in Zürich aus den Kantonen Zürich, Glarus, Freiburg, Graubünden und Aargau mit Halbpachtverträgen des Hauses Bergueiro und Komp. nach Brasilien befördert worden sind. Die betreffenden Kantone haben sich bisher eben so wenig zu einer Vergütung dieser Summe, als zur Rückerstattung der Fr. 2911. 50 herbeigelassen, die bei einem frühern Anlasse für die schweizerischen Halbpächter vom schweizerischen Generalkonsulate ausgelegt werden mußten und ihm sodann am 18. Februar 1858 von der Bundeskasse vergütet worden sind. Sie verlangten nämlich, daß ihnen diese Beträge bis zum Austrag der Sache vorgeschossen werden.

Eben so hat die schweizerische philanthropische Gesellschaft in Rio-Janeiro, laut einer Depesche des dortigen schweizerischen Generalkonsulates vom 14. März 1858, für die vom Auswanderungsagenten Fr. J. Buchholzer-Studhalter und von Steinmann und Komp. zur Gründung einer Kolonie Santa Luiza verlockten Luzerner, bis dieselben in Ermanglung anderweitiger Uebernahme bei der Kompagnie des Mucury untergebracht werden konnten, 741,740 Reis ausgelegt, wobei sie jedoch auf Rückerstattung von 308,000 Reis verzichtet und demnach ihre Forderung auf 433,740 Reis, also auf Fr. 1239. 26 beschränkt. Unseres Wissens ist noch keine Rückerstattung dieses Vorschusses der genannten Gesellschaft erfolgt, da der Agent, auf dem die Hastpflicht beruht, nicht auszumitteln war. Die schweizerische philanthropische Gesellschaft in Rio-

Janeiro wurde überhaupt durch die Hilfsbedürftigkeit und die Noth schweizerischer Landsleute in Brasilien so sehr in Anspruch genommen, daß sie schon im Jahr 1857, trotz der beträchtlichen Erhöhung der Jahresbeiträge ihrer Mitglieder, ihr Kapitalvermögen angreifen und um 1.579,700 Reis, = Fr. 4513. 43 vermindern mußte. Um so beschränkter sind natürlich die Hilfsmittel, welche ihr für fernere Unterstützungen zu Gebote stehen. Es dürfte daher zweckmäßig sein, ihr auch diese Fr. 4513. 43 zurück zu erstatten, wodurch ihrer löblichen, uneigennütigen und einsichtsvollen Wirksamkeit eine nicht unverdiente Aufmunterung zu Theil würde.

Die Hauptausgabe, wenn für die Zukunft der schweizerischen Kolonisten in Brasilien etwas Erkleckliches gethan werden will, wird jedoch in einer Abordnung nach jenem Lande bestehen. Ob dazu nur eine Person ausersehen werden soll, oder mehrere, und zwar aus der Zahl der Geistlichen oder der Staatsmänner, dieß hängt von so mancherlei Umständen, namentlich von der zu Gebot stehenden Auswahl geeigneter Persönlichkeiten und vom Ergebniß der Unterhandlungen mit andern beteiligten Staaten ab, daß wir noch nicht im Falle sind, uns jetzt schon bestimmt darüber auszusprechen. Wir legen nämlich nicht wenig Gewicht darauf, daß über die fragliche Sendung nach Brasilien zur Erzielung einer bessern Lage der dortigen Kolonisten eine Verständigung angebahnt und wo möglich auf eine erfolgreiche Art herbeigeführt werde. Zu dem Zwecke gedenken wir uns, wenn einmal die erforderlichen finanziellen Mittel schweizerseits dafür vorhanden sind, zunächst an Preußen und dann an die übrigen bei der Sache beteiligten deutschen Regierungen zu wenden. Man würde denselben eröffnen, daß die Schweiz in Bezug auf das Schicksal der Kolonisten in Brasilien vorzugehen und zu einer dießfälligen Abordnung dahin entschlossen sei, und daß man zu vernehmen wünsche, ob und was dortseits in Sachen in letzter Zeit gethan worden sei oder gethan werde, und ob vielleicht ein gemeinsames Vorgehen möglich und wirksam wäre.

Wie hoch nun die Kosten einer Sendung nach Brasilien, deren Aufgabe möglicherweise auch auf die Regelung der Rechnungsverhältnisse in den betreffenden vielen Kolonien, auf Reisen dahin, auf Unterhandlungen mit den dortigen Pflanzern und auf Untersuchung anderwärts angebotener brasilianischer Ländereien auszudehnen wäre, der Schweiz zu stehen kämen, kann zum Voraus nicht genau bestimmt werden. Immerhin darf aber für eine so außerordentliche Abordnung in ein fernes Land, wo fast alle Lebensbedürfnisse sehr hoch im Preise stehen, an einen kaiserlichen Hof, der in den wichtigsten Beziehungen der Mitwirkung der Kammern bedarf, in Berücksichtigung der weiten Hin- und Herreise und der Möglichkeit eines längern Aufenthaltes kein gewöhnlicher Maßstab der Kosten gelegt werden. Der für's laufende Jahr vorhandene einschlägige Budgetkredit des Auswanderungswesens würde aber nicht einmal für die Rückerstattung der bezeichneten Vorschüsse, geschweige denn für die fragliche Sendung ausreichen. Er besteht bekanntlich aus Fr. 24,000, über welche schon bei seiner Festsetzung größtentheils, und zwar wie folgt, verfügt wurde:

1) Für die Schweiz. Konsulate in Havre und Rio Janeiro je Fr. 5000 =
Fr. 10,000

2) " " " " " " New-York und New-Dr-
leans je Fr. 6000 = " 12,000

Als muthmaßlicher Beitrag für die schweizerische Wohl-
thätigkeitsgesellschaft in New-York und für die schweizerische
philanthropische Gesellschaft in Rio-Janeiro wurde ferner mit
Rücksicht auf frühere Vorgänge je Fr. 750, zusammen " 1,500
angenommen, so daß nur eine sehr geringe Summe keine ge-
nauer angegebende Zweckbestimmung hatte, nämlich die Summe
von " 500

zusammen Fr. 24,000

Faßt man die unter Vorbehalt des Rückgriffs gegen die
betreffenden Kantone provisorisch aus der Bundeskasse

a. Herrn David zurückerstattenden Vorschüsse von . Fr. 1,691. 42

b. der schweizerischen philanthropischen Gesellschaft in
Rio-Janeiro zu vergütenden Vorschüsse von . " 1,239. 26

so wie die ebenfalls anzuempfehlende Rückerstattung des
verausgabten Kapitals dieser letztern Gesellschaft im Be-
trag von " 4,513: 43

ins Auge, und gewährt man für die Kosten einer Ab-
ordnung nach Brasilien einen einigermaßen als erfolg-
reich zu betrachtenden Spielraum mit Fr. 16,000 bis " 17,000. —

so wäre im Ganzen ein Nachtragskredit von . . . Fr. 24,444. 11
oder in runder Zahl von Fr. 24,000 erforderlich.

Wie es sich von selbst versteht, würden wir seiner Zeit nicht erman-
geln, die fragliche Abordnung mit den nöthigen Instruktionen zu versehen.

Nach dieser Auseinandersetzung erlauben wir uns, den Antrag zu
stellen:

Es sei für das Jahr 1859 ein nachträglicher Kredit von Fr. 24,000
behufs Verwendung zum Schutze der schweizerischen Kolonisten in Brasilien
zu bewilligen.

Uebrigens benutzen wir diesen Anlaß, Sie, Tit., unserer ausge-
zeichneten Hochachtung zu versichern.

Bern, den 25. Juni 1859.

Im Namen des Schweiz. Bundesrathes,

Der Bundespräsident: **Stämpfli.**

Der Kanzler der Eidgenossenschaft: **Schöpf.**

Botschaft des Bundesrathes an die h. Bundesversammlung, betreffend die Auswanderung nach Brasilien. (Vom 11. Juli 1859.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1859
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	34
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.07.1859
Date	
Data	
Seite	194-209
Page	
Pagina	
Ref. No	10 002 813

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.